

3. Leipziger Insolvenzsteuerrechtstag 2018

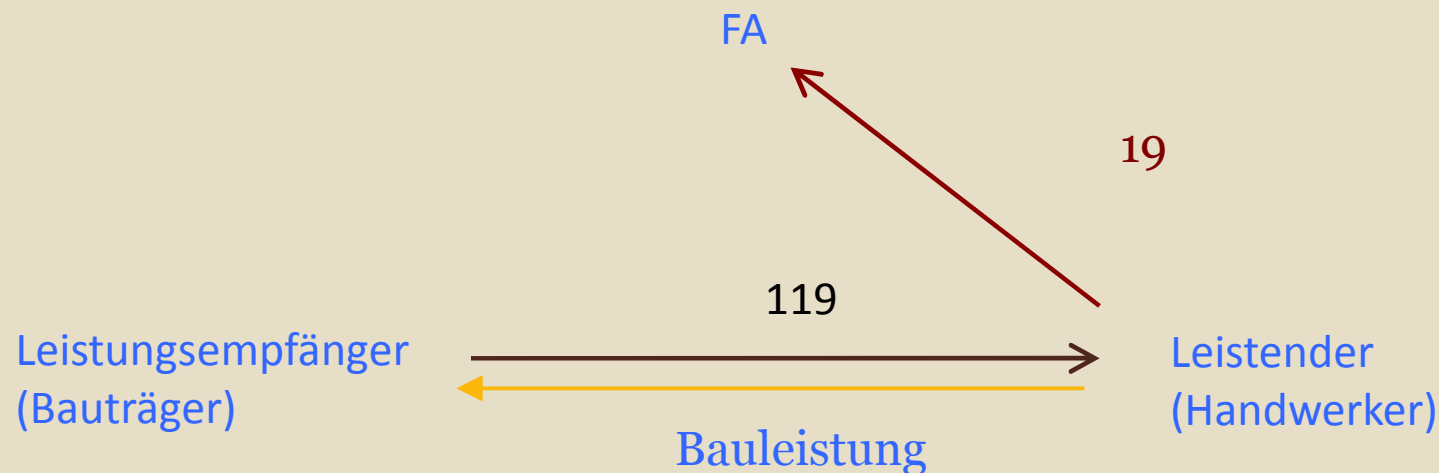


Rückabwicklung der sog. Bauträger-Fälle in der Insolvenz
- Einführung und steuerrechtliche Grundlagen -



I. Grundlagen

Steuerschuld des Leistenden

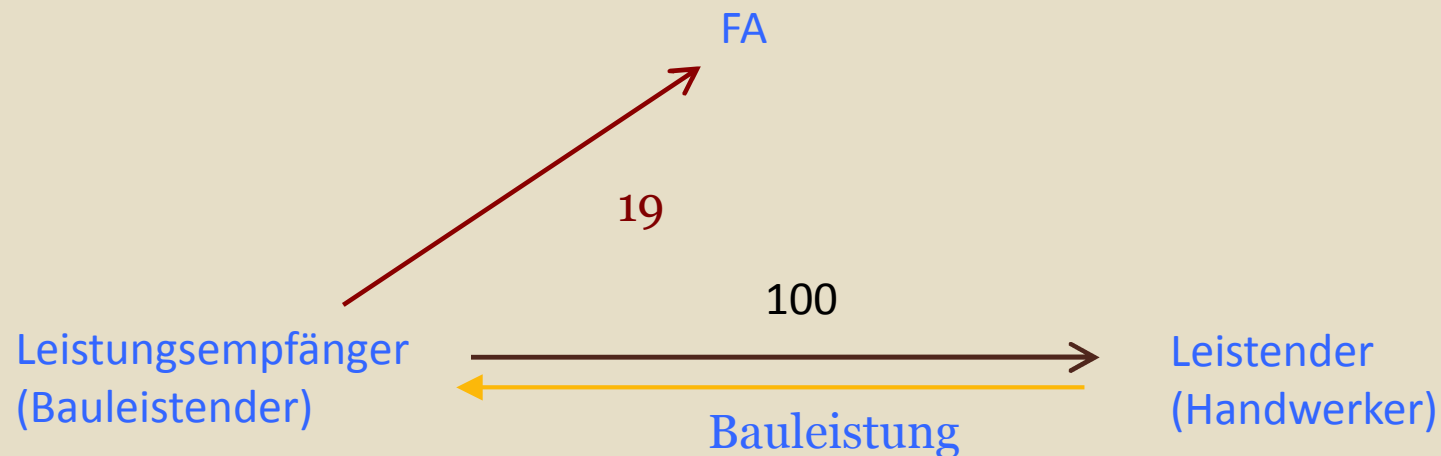


- Charakter der Umsatzsteuer als **allgemeine Verbrauchsteuer**
- **Indirekte Steuer**, bei der der Steuerschuldner (hier der Leistende) als Steuereinsammlungsgehilfe des Staates fungiert
- **Aufwand des Empfängers** für verbrauchbaren Vorteil (Verbrauchsgut) soll besteuert werden



I. Grundlagen

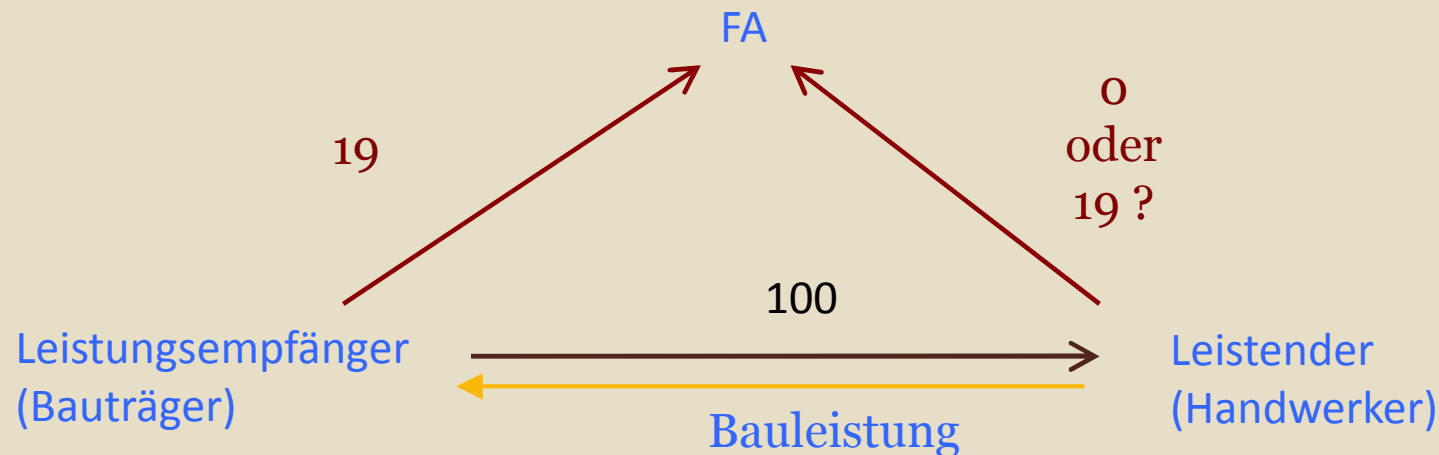
Steuerschuldverlagerung auf den Leistungsempfänger (§ 13b UStG)



- „Allzweckwaffe“ gegen den Umsatzsteuerbetrug, da statt einer indirekten Besteuerung eine direkte Umsatzbesteuerung erfolgt (vgl. nur den Katalog des § 13b Abs. 2 UStG)

I. Grundlagen

Steuerschuldverlagerung auf den Leistungsempfänger (§ 13b UStG)



Abschn. 13b.3 Abs. 8 UStAE: „Bei Unternehmern (Bauträgern), die (...) Umsätze erbringen, die unter das GrEStG fallen (...), sind die allgemeinen Grundsätze“ der Steuerschuldverlagerung anzuwenden.

a.A. BFH, Urt. v. 22.8.2013 – V R 37/10, BStBl. II 2014, 128



II. Problem: Rechtswidrige Verwaltungsvorschrift

(!) bloße Regelung, Rechtssatz oder Rechtsnorm?

(!) unmittelbare Bindungswirkung ggü. Gerichten?

Verwaltungsvorschriften sind grds. der Gegenstand, nicht jedoch der Maßstab richterlicher Kontrolle.

(BVerfG, Beschl. v. 31.5.1988 – 1 BvR 520/83, BVerfGE 78, 214 [227])

(!) mittelbare Bindungswirkung auch ggü. Gerichten?



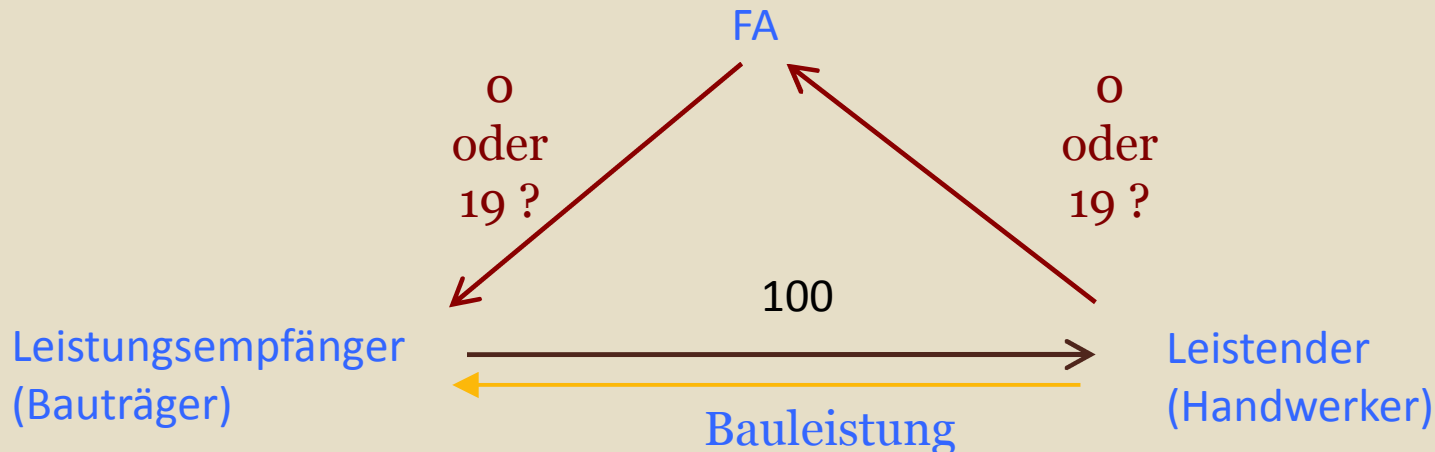
II. Problem: Rechtswidrige Verwaltungsvorschrift

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV

- Die h.M. verneint hier kategorisch eine Rechtswirkung zu Gunsten des Einzelnen, soweit der Verwaltungsvorschrift lediglich ein norminterpretierender Charakter zukommt (arg.: **Art. 3 Abs. 1 GG**)
- Dogmatische Herleitung einer **Rechtswirkung mithilfe des Vertrauensschutzes** greift auch für rechtswidrige, aber begünstigende Verwaltungsvorschriften
- **Gretchenfrage** : Durfte in einem Rechtsstaat ein Handwerker darauf vertrauen, dass aufgrund der Regelung in Abschn. 13b.3 Abs. 8 UStAE a.F. (für Vergangenheit) nicht er, sondern der Bauträger der Steuerschuldner ist?

III. Lösung: kein Vertrauensschutz?

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV

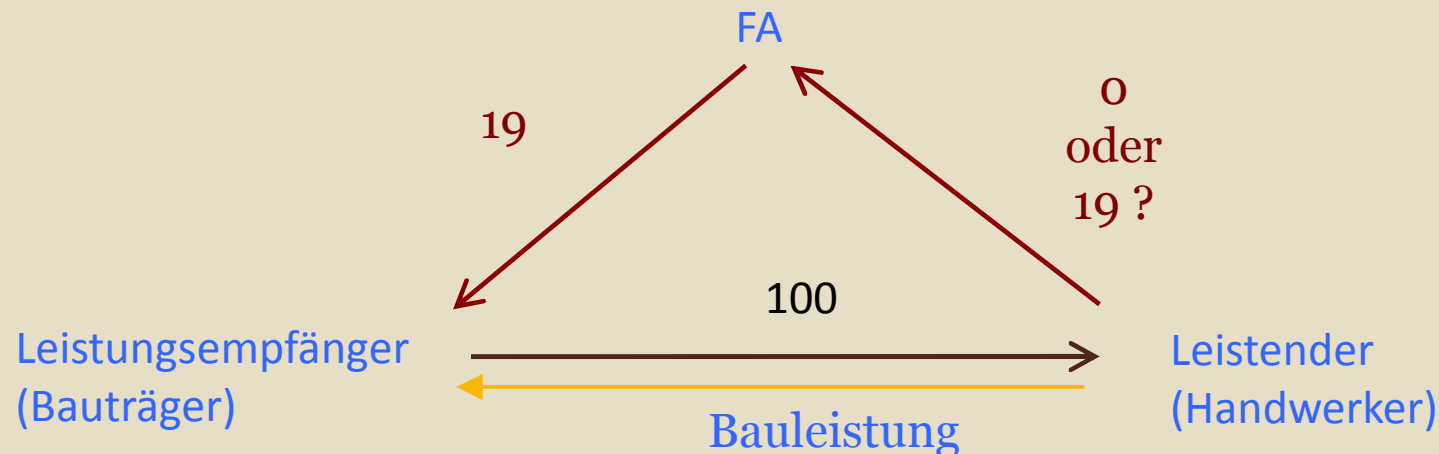


Gesetzgeber: § 27 Abs. 19 UStG

- Änderung des StB ggü. Leistenden möglich (ohne Einschränkung durch § 176 AO), wenn Leistungsempfänger die Erstattung der USt fordert
- FA kann zulassen, dass Leistender zivilrechtlichen Anspruch gg. Leistenden abtritt, was an Zahlungs statt wirkt, wenn u.a. Abtretung wirksam bleibt und der leistende Unternehmer seiner Mitwirkungspflicht nachkommt

III. Lösung: kein Vertrauensschutz?

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV

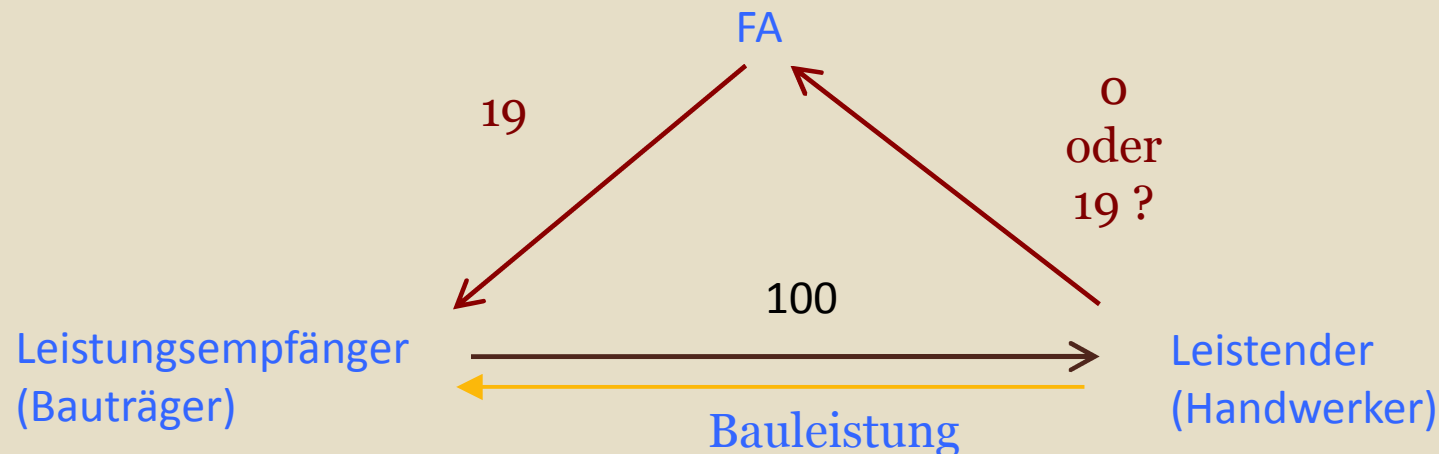


BFH v. 23.2.2017 – V R 16/16 u.a., BStBl. II 2017, 760

- Änderung des StB ggü. Leistenden nur (ohne Einschränkung durch § 176 AO) möglich, wenn Leistender einen abtretbaren Anspruch ggü. dem Leistungsempfänger hat
- BFH betont Grds. der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes, den der EuGH im Mehrwertsteuerrecht entwickelt hat
- Keine Frage des § 17 UStG (Uneinbringlichkeit der Gegenleistung)

III. Lösung: kein Vertrauensschutz?

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV

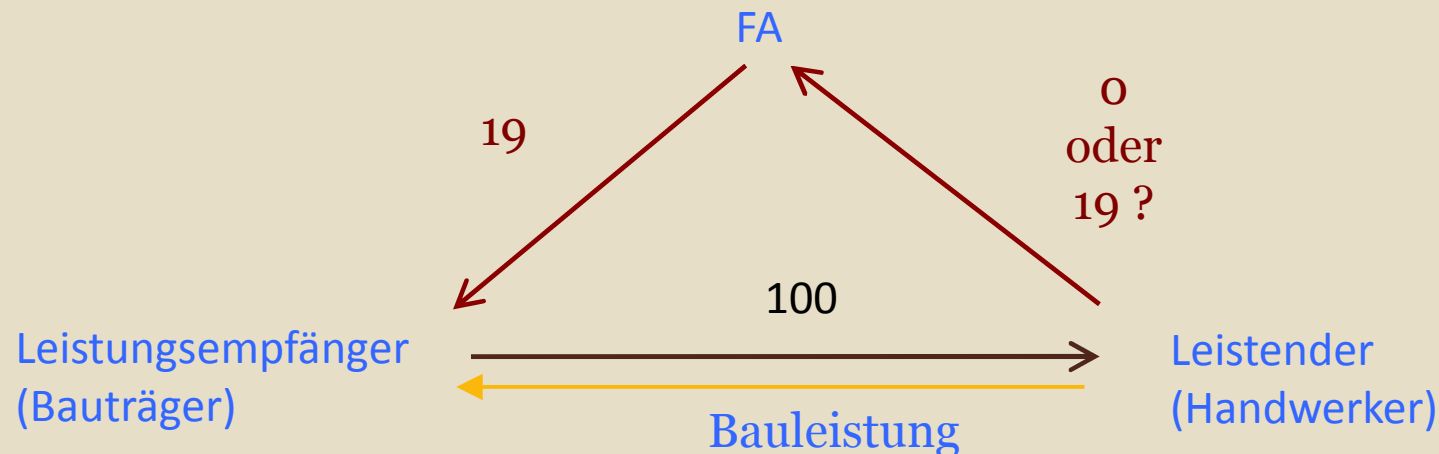


BFH v. 23.2.2017 – V R 16/16 u.a., BStBl. II 2017, 760 Rz. 34:

„Die vertrauensauslösende Handlung kann – wie im Streitfall – auf einer allgemeingültigen (norminterpretierenden) Verwaltungsvorschrift beruhen (vgl. dazu Hummel, MwStR 2016, 4, 11 f.), wenn sie – wie hier – systematisch angewendet wurde....“

III. Lösung: kein Vertrauensschutz?

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV



BFH v. 23.2.2017 – V R 16/16 u.a., BStBl. II 2017, 760 Rz. 34:

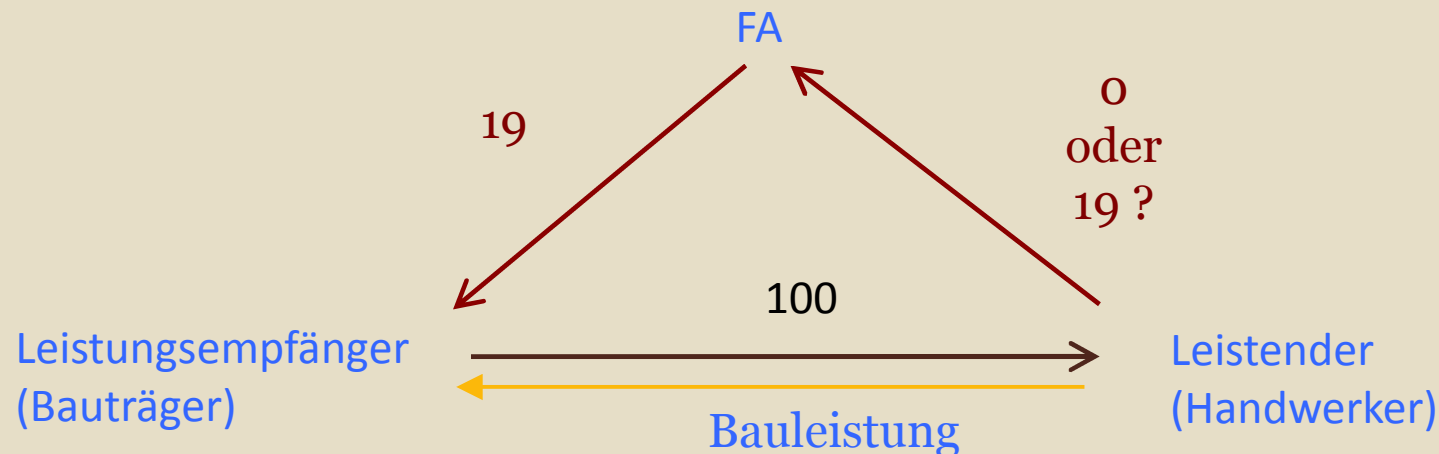
-ob abtretbarer Anspruch besteht, hat FA bereits im Festsetzungsverfahren zu klären, da § 27 Abs. 19 UStG die Trennung ohnehin durchbricht

-**Folge:** der Leistende kann, sofern er seinen evtl. bestehenden Anspruch abtritt, nicht mehr in Anspruch genommen werden

-**Weitere Folge:** FA trägt alleiniges Risiko, dass Anspruch noch in der entsprechenden Höhe (zivilrechtlich) durchgesetzt werden kann

IV. Zivilrechtliche Rückabwicklung

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV

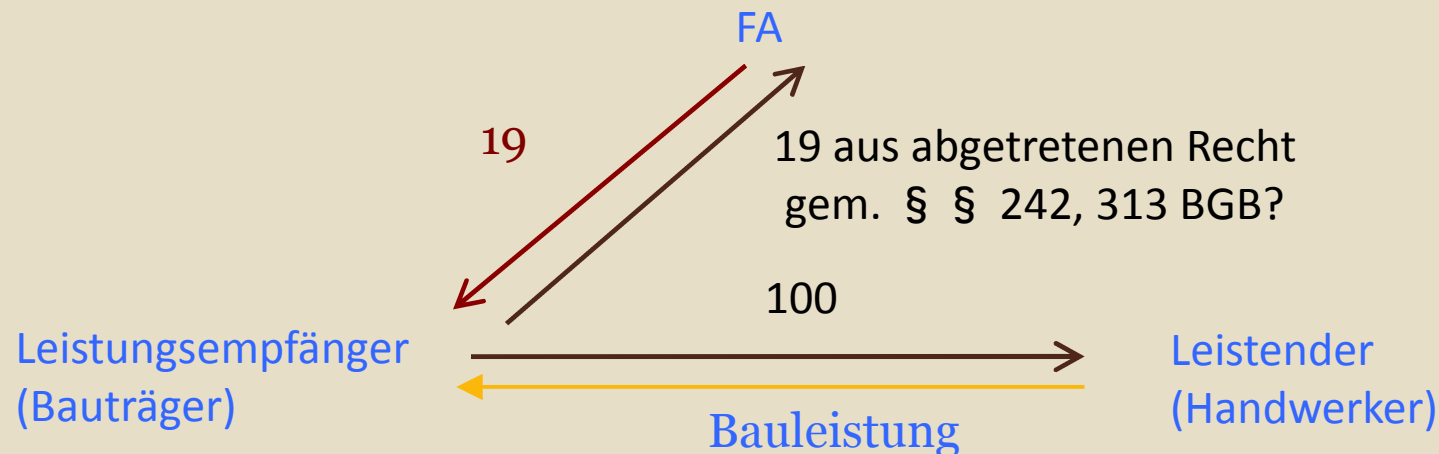


BFH v. 23.2.2017 – V R 16/16 u.a., BStBl. II 2017, 760 Rz. 34:

- Sehr interessant:** BFH macht zivilrechtliche Ausführungen, und bejaht § 313 Abs. 1 BGB (Anspruch auf Vertragsanpassung)
- Ups:** „Da die (ergänzende) Vertragsauslegung Vorrang vor der Anwendung der Grundsätze zum Wegfall der Geschäftsgrundlage hat, kommt es auf die Voraussetzungen des § 313 BGB nicht an.“ (OLG Düsseldorf, Urteil vom 28. November 2017 – I-23 U 23/16 –, juris)

IV. Zivilrechtliche Rückabwicklung

(!) rechtswidrige norminterpretierende VV



Spannende offene zivilrechtliche Fragen:

- Verjährung des zivilrechtlichen Anspruchs
- Verjährung des steuerrechtlichen Anspruchs
- Abtretungsverbote
- Mängelreden
- Beschränkungen des Insolvenzrechts
- Aktivlegitimation des Finanzamtes



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

